

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	37
Kapitel 1: Einleitung	45
A. Gegenstand der Untersuchung sowie Abgrenzung: Kartellregress im Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrecht	46
I. Stärkung der privaten Kartellrechtsdurchsetzung	46
1. Funktionswandel im Kartellprivatrecht	47
2. Die Gewährleistung der Effektivität des Ausgleichsanspruchs in Art. 11 Abs. 5 Schadensersatzrichtlinie	48
3. Funktion des Gesamtschuldnerausgleichs zwischen Kartellmitgliedern	49
II. Rechtliche Herausforderungen durch international agierende Kartelle	50
III. Besondere Komplexität der Gesamtschuld im Internationalen Privatrecht	51
B. Stand der Forschung zur kartellprivatrechtlichen Gesamtschuld	52
C. Zielsetzung und Erkenntnisinteresse der Untersuchung	53
D. Gang der Untersuchung	54
Kapitel 2: Die gesamtschuldnerische Schadensersatzhaftung im materiellen deutschen Kartellprivatrecht	55
A. Inhalte und Zwecke der gesamtschuldnerischen Haftung	55
I. Definition und Merkmale der Gesamtschuld	56
1. Allgemeine Definition sowie Abgrenzung zu anderen Modellen der Haftung mehrerer (insbesondere Teilschuld und Bürgschaft)	56
2. Erfordernis weiterer einschränkender Kriterien?	57
II. Prinzipien und Zwecke der deliktischen Gesamtschuld	57
1. Gläubigerschutz als Zweck der Anordnung der deliktischen Gesamtschuld und Verbot der Mehrfachbefriedigung	57

2. Die sogenannte „Paschastellung“ des Gläubigers	58
3. Grundsätzliche Selbstständigkeit der Schuldverhältnisse, § 425 Abs. 1 BGB	58
III. Die Festlegung des Ausgleichsanspruchs zwischen Gesamtschuldnern im Innenverhältnis in § 426 BGB	59
1. Grundsatz: Innenregress zwischen Gesamtschuldnern	59
2. Überblick über die historische Entwicklung des Gesamtschuldnerausgleichs	60
3. Das zweigliedrige Ausgleichssystem des § 426 BGB – bestärkende <i>cessio legis</i> nach § 426 Abs. 2 BGB	62
4. Haftung im Innenverhältnis als Teilschuldner	63
5. Mitwirkungsanspruch vor Befriedigung des Gläubigers	63
IV. Das „gestörte Gesamtschuldverhältnis“	64
B. Außenverhältnis: Kartellschadensersatzanspruch nach § 33a Abs. 1 GWB	65
I. Begriff und Abgrenzung von Kartellrecht und Wettbewerbsrecht	66
II. Entwicklung und Zweck der zivilrechtlichen Durchsetzung der Kartellverbote sowie der gesamtschuldnerischen Haftung von Kartellteilnehmern	67
1. Grundlegende Änderungen im Zuge der 7. GWB- Novelle	68
2. Verabschiedung der Richtlinie 2014/104/EU (Schadensersatzrichtlinie)	68
III. Abgrenzung zur gesamtschuldnerischen Bußgeldhaftung für Kartellanten, § 81 GWB	70
IV. Verstöße i.S.d. § 33a Abs. 1 GWB	70
V. Aktiv- und Passivlegitimation zur Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs nach § 33a Abs. 1 GWB	72
1. Geschädigter i.S.d. § 33a Abs. 1 GWB	72
2. Passivlegitimation	73
a) Schädiger i.S.d. § 33a Abs. 1 GWB	73
b) Bindungswirkung nach § 33b GWB	74
VI. Verschulden	75
VII. Kausalität und ersatzfähiger Schaden	75
1. Bestimmung des adäquat entstandenen ersatzfähigen Schadens und Vermutungsregelung in § 33a Abs. 2 GWB	75
2. „Passing-on-defense“ nach § 33c Abs. 1 S. 1 GWB	76

VIII. Haftung als Gesamtschuldner im Außenverhältnis nach § 33d Abs. 1 GWB	77
IX. Privilegierung von Kronzeugen und KMU im Außenverhältnis	79
1. Privilegierung von Kronzeugen nach § 33e GWB	79
a) Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich der Kronzeugenprivilegierung in § 33e GWB	79
b) Rechtfertigung der Kronzeugenprivilegierung im Außenverhältnis in § 33e Abs. 1 GWB	80
c) Abweichende Regelungen für Kronzeugen im Außenverhältnis, § 33e Abs. 1 GWB	82
aa) Grundsatz: Volle Außenhaftung des Kronzeugen nur gegenüber den eigenen unmittelbaren und mittelbaren Abnehmern und Lieferanten	82
bb) Ausnahme: Ausfallhaftung gegenüber anderen Geschädigten, § 33e Abs. 1 S. 2 GWB	84
2. Privilegierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Außenverhältnis, § 33d Abs. 3 GWB	85
a) Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich der Privilegierung von KMU in § 33d Abs. 3 GWB	85
b) Abweichende Regelungen für KMU im Außenverhältnis nach § 33d Abs. 3 GWB	86
aa) Grundsatz: Volle Außenhaftung nur für Schäden unmittelbarer und mittelbarer Abnehmer bzw. Lieferanten des KMU, § 33d Abs. 3 GWB	86
bb) Ausnahme: Ausfallhaftung nach § 33d Abs. 3 S. 2 GWB	87
c) Rückausnahmen nach § 33d Abs. 5 GWB	87
C. Innenverhältnis: Ausgleichsanspruch nach § 33d Abs. 2 S. 1 GWB sowie §§ 426 Abs. 2 BGB, 33a Abs. 1 GWB (Kartellregress)	88
I. Funktion des Regresses zwischen Kartellteilnehmern	89
1. Grundlagen des originären Ausgleichsanspruchs nach § 33d Abs. 2 S. 1 GWB	89
2. Besonderheiten durch die Massenhaftung der Kartellgesamtschuldner	90
3. Rechtfertigung des Innenregresses zwischen Kartellgesamtschuldnern	91

II. Bestimmung der Haftungsanteile i.S.d. § 33d Abs. 2 S. 1 GWB	92
1. Grundsätzliche Regelung in der Gesamtschuld: Haftung nach Kopfteilen, § 426 Abs. 1 S. 1 BGB	93
2. Rechtslage vor Einführung des § 33d Abs. 2 S. 1 GWB: Vorliegen einer Sonderbestimmung i.S.d. § 426 Abs. 1 S. 1 BGB und analoge Anwendung des § 254 BGB	93
3. Frühere Meinung von <i>Lettl</i> : Vollständiger Regressausschluss im Kartelldeliktsrecht	94
4. Konkrete Ermittlung der Verursachungsbeiträge für die Haftungsquotierung nach § 33d Abs. 2 S. 1 GWB	95
a) Marktanteil des Kartellanten	96
b) Umsatz des Kartellanten	97
c) Eigenschaft bzw. Rolle des Kartellanten im Kartell	97
d) Berücksichtigung des von der Kartellbehörde auferlegten Bußgelds?	98
5. Gewichtung der relevanten Verursachungsbeiträge	99
6. Möglichkeit einer vertraglichen Festlegung der Haftungsquoten (Regressvereinbarung)	100
a) Zulässigkeit nachträglicher Regressvereinbarungen vor Inkrafttreten des § 33d Abs. 2 GWB – „ein anderes bestimmt“ i.S.d. § 426 Abs. 1 S. 1 BGB	100
b) Zulässigkeit nachträglicher Regressvereinbarungen auch unter § 33d Abs. 2 GWB	101
7. Zwischenergebnis: Besondere Schwierigkeiten bei Ermittlung der konkreten internen Haftungsquote	102
III. „Kombinationsregress“: Bestärkende <i>cessio legis</i> nach § 33a Abs. 1 GWB i.V.m. § 426 Abs. 2 BGB	102
IV. Privilegierung von Kronzeugen und KMU im Innenverhältnis	103
1. Privilegierung von Kronzeugen im Innenverhältnis, § 33e Abs. 3 GWB	103
a) Grundsatz: Regresshaftung nur in Höhe der Schäden, die der Kronzeuge seinen eigenen unmittelbaren und mittelbaren Abnehmern oder Lieferanten verursacht hat, § 33d Abs. 3 S. 1 GWB	103

b)	Ausnahme: Volle Regresshaftung für Schäden, die anderen als den unmittelbaren und mittelbaren Abnehmern oder Lieferanten der an dem Kartell beteiligten Unternehmen entstehen, § 33e Abs. 3 S. 2 GWB (insbesondere Preisschirmgeschädigte)	104
c)	Rechtsfolge der Privilegierung des Kronzeugen im Innenverhältnis nach § 33d Abs. 3 S. 1 GWB	104
d)	Auflösung der gestörten Gesamtschuld durch die Privilegierung des Kronzeugen	105
aa)	Keine Auflösung zu Lasten des Geschädigten aufgrund des Prinzips der vollen Kompensation	106
bb)	Auflösung zu Lasten des Kronzeugen ebenfalls unzulässig	107
2.	Privilegierung von KMU im Innenverhältnis, § 33d Abs. 4 GWB	108
a)	Grundsatz: Regresshaftung nur in Höhe der Schäden, die den unmittelbaren und mittelbaren Lieferanten und Abnehmern des KMU entstehen, § 33d Abs. 4 GWB	108
b)	Ausnahme: Volle Regresshaftung auch für Schäden, die anderen als den unmittelbaren und mittelbaren Abnehmern und Lieferanten der am Kartell beteiligten Unternehmen entstehen, § 33d Abs. 4 S. 2 GWB (insbesondere Preisschirmgeschädigte)	108
c)	Entfallen der Privilegierung nach § 33d Abs. 5 GWB	109
d)	Rechtsfolge der Privilegierung des KMU im Innenverhältnis nach § 33d Abs. 4 GWB	109
e)	Auflösung der gestörten Gesamtschuld zu Lasten durch die Privilegierung des KMU	110
3.	Zusammenfassung: Privilegierung von Kronzeugen und KMU im Innen- und Außenverhältnis – Entstehung einer gestörten Gesamtschuld im Kartellprivatrecht	111
V.	Ausfallhaftung nach § 426 Abs. 1 S. 2 BGB	111
VI.	Verjährung der Ausgleichsansprüche, § 33h GWB	112

D. Prozessuale Einzelheiten und Empfehlungen für den Kartellinnenregress	114
I. Streitgenossenschaft und Möglichkeit der Streitverkündung im Schadensersatzprozess	114
1. Einfache Streitgenossenschaft (§§ 59, 60 ZPO) zwischen gemeinsam auf Schadensersatz verklagten Gesamtschuldnern im Außenverhältnis	114
2. Tenorierung und Reichweite der Rechtskraft im Schadensersatzprozess	115
3. Möglichkeit der Streitverkündung, § 72 Abs. 1 ZPO	115
a) Institut der Streitverkündung	115
b) Interventionswirkung, §§ 68, 74 Abs. 3 ZPO	116
4. Nebenintervention bei einer weiteren Klage des Gläubigers gegen einen anderen Gesamtschuldner	116
II. Einfache Streitgenossenschaft (§§ 59, 61 ZPO) zwischen den gemeinsam auf Ausgleichung Beklagten	117
III. Abschluss eines Vergleichs zwischen Kartellgeschädigtem und in Anspruch genommenem Kartellteilnehmer, § 33f GWB, und Entstehung einer gestörten Gesamtschuld	117
1. Vergleich mit beschränkter Gesamtschuld, § 33f Abs. 1 S. 1 GWB	117
2. Auflösung der gestörten Gesamtschuld	118
E. Überblick zum US-amerikanischen Kartellprivatrecht	119
I. Die Bedeutung der privaten Kartelldurchsetzung im US-amerikanischen Recht	119
II. Die „Gefahren missbräuchlicher Praktiken amerikanischer Prägung“ im Kartelldeliktsrecht	119
III. <i>Corporate Leniency Policy</i> des Department of Justice (DoJ) und Besonderheiten für Kronzeugen in Sec. 211 ff. ACPERA	121
IV. Keine Haftungserleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen	123
V. <i>Joint and several liability</i> und <i>rule of no contribution</i>	124
1. Allgemeines zum Regressausschluss im US-amerikanischen Kartellrecht (<i>rule of no contribution</i>)	124

2. Begründung der <i>rule of no contribution</i> im US-amerikanischen Rechtsraum und Bemühungen zur Abschaffung	126
a) Annahme eines Regressanspruchs im Urteil „Professional Beauty Supply v. National Beauty Supply“ des Court of Appeals of the Eighth Circuit	126
b) Das Urteil „Texas Industries v. Radcliff Materials“ des U.S. Supreme Court sowie anschließende Entwicklung	127
VI. Übernahme des Regressausschlusses in das europäische Kartelldeliktsrecht?	128
F. Zwischenergebnis: Gesamtschuldnerische Haftung von Kartellmitgliedern und Gewährleistung eines Ausgleichsanspruchs durch die Vorgaben der Schadensersatzrichtlinie	128
Kapitel 3: Kartellregress im Internationalen Zivilverfahrensrecht	131
A. Vorbemerkung: Die „internationale Verflechtung“ des Kartellrechts	131
B. Internationale Zuständigkeit in Kartelldeliktsverfahren, insbesondere im Kartellregressverfahren	132
I. Außenverhältnis: Zuständigkeit für den Kartellschadensersatzanspruch des Geschädigten	134
1. Internationale Zuständigkeit nach der EuGVVO/LugÜ	135
a) Sachliche und räumliche Anwendbarkeit der EuGVVO	135
b) Zuständiges Gericht nach Art. 7 Nr. 2 EuGVVO (Gerichtsstand der unerlaubten Handlung)	136
aa) Anwendbarkeit des Art. 7 Nr. 2 EuGVVO auf Ansprüche aus einem kartellrechtswidrigen Verhalten	137
bb) Maßgeblichkeit des Handlungs- oder des Erfolgsortes sowie Rechtfertigung der besonderen Zuständigkeitsregel in Art. 7 Nr. 2 EuGVVO	137

cc) Lokalisierung des Tatortes i.S.d. Art. 7 Nr. 2 EuGVVO im Kartelldeliktsrecht	138
(1) Bestimmung des Handlungsortes i.S.d. Art. 7 Nr. 2 EuGVVO	138
(a) Bestimmung des Handlungsortes eines kartellrechtswidrigen Verhaltens in der Literatur	138
(b) CDC-Entscheidung des EuGH: Grundsätzlich Anknüpfung an den Gründungsort des Kartells	140
(c) CDC-Entscheidung des EuGH: Zuständigkeit der Gerichte am Ort einer spezifischen Kartellabsprache	141
(d) Problem der Haftungszurechnung zu Zwecken der Zuständigkeitsbegründung	141
(2) Bestimmung des Erfolgsortes i.S.d. Art. 7 Nr. 2 EuGVVO	142
(a) Herrschende Lehre in Literatur und nationaler Rechtsprechung: Erfolgsort von Kartelldelikten am Markt- bzw. Auswirkungsort	142
(aa) Erfolgsort am Marktort des kartellrechtswidrigen Verhaltens	142
(bb) Beschränkte Kognitionsbefugnis der Gerichte am Erfolgsort	144
(b) Urteil des EuGH in der Rs. <i>CDC</i> – Schaffung eines allgemeinen Klägergerichtsstand am Sitz des Geschädigten und Aufgabe des Mosaikprinzips im Rahmen des Art. 7 Nr. 2 EuGVVO	145
(c) Rezeption der CDC-Rechtsprechung	147
(d) Urteile des EuGH im Anschluss an das CDC-Verfahren: <i>flyLAL Lithuanian Airlines</i> und <i>Tibor-Trans</i>	149

(e) Zwischenergebnis und Bewertung, insbesondere: Aufgabe des Mosaikprinzips im internationalen Kartellzivilverfahrensrecht nach der CDC-Entscheidung des EuGH?	151
c) Zuständiges Gericht nach Art. 7 Nr. 5 EuGVVO (Gerichtsstand der Niederlassung)	152
d) Zuständiges Gericht nach Art. 4 Abs. 1 EuGVVO (Allgemeiner Gerichtsstand)	153
e) Zuständiges Gericht bei Klage gegen mehrere Kartellanten nach Art. 8 Nr. 1 EuGVVO (Gerichtsstand der Streitgenossenschaft)	153
aa) „Gefahr sich widersprechender Entscheidungen in getrennten Verfahren“ i.S.d. Art. 8 Nr. 1 EuGVVO	155
(1) Grundlagen des Konnexitätsanfordernisses: Einheitliche Sach- und Rechtslage	155
(2) Diskussion über das Vorliegen einer einheitlichen Sach- und Rechtslage in Kartelldeliktsverfahren	156
(a) Identität der Sachlage	156
(b) Identität der Rechtslage	159
(3) Vorhersehbarkeit und weitere einschränkende Voraussetzungen	162
(4) Konsequenz für das auf den Schadensersatzanspruch anwendbare Recht und Bewertung	164
bb) Begegnung der Missbrauchsgefahr durch „Erschleichen“ eines Gerichtsstands nach Art. 8 Nr. 1 EuGVVO	165
2. Örtliche und ggf. internationale Zuständigkeit nach der ZPO	166
a) Zuständigkeit am deliktischen Gerichtsstand des § 32 ZPO	166
aa) Maßgeblicher Tatort im Rahmen des § 32 ZPO und Bestimmung des Tatorts in Kartelldeliktsfällen	167

bb) Bestimmung der internationalen Zuständigkeit in Bezug auf Beklagte aus Drittstaaten	168
cc) Unbeschränkte Kognitionsbefugnis am Gerichtsstand nach § 32 ZPO?	168
dd) § 32 ZPO als fakultativer Gerichtsstand	169
b) Zuständigkeit am Ort einer Niederlassung nach § 21 ZPO	169
c) Zuständigkeit am allgemeinen Gerichtsstand nach § 13 ZPO	170
d) Kein Gerichtsstand der Streitgenossenschaft	170
3. Sachliche Zuständigkeit	171
II. Innenverhältnis: Zuständigkeit für Regressansprüche der Kartellanten	171
1. Internationale Zuständigkeit nach der EuGVVO bzw. dem LugÜ	172
a) Sachliche und räumliche Anwendbarkeit der EuGVVO, Art. 1 Abs. 1 EuGVVO	172
b) Zuständiges Gericht nach Art. 7 Nr. 2 EuGVVO (Gerichtsstand der unerlaubten Handlung)	172
aa) Allgemeine Anwendbarkeit des Art. 7 Nr. 2 EuGVVO im Gesamtschuldnerregress	173
(1) Qualifikation des Anspruchs aus <i>cessio legis</i> i.S.d. § 426 Abs. 2 S. 1 BGB	173
(2) Qualifikation des originären Ausgleichsanspruchs i.S.d. § 426 Abs. 1 S. 1 BGB	173
(a) Unmittelbare deliktische Qualifikation des originären Ausgleichsanspruchs	174
(b) Enger kausaler Zusammenhang zur gesamtschuldnerischen Haftung aus unerlaubter Handlung?	175
(c) Gleichlauf zwischen eigenständigem Ausgleichsanspruch und Anspruch aus <i>cessio legis</i>	177
(d) Zweck des besonderen Gerichtsstands am Tatort: Sach- und Beweisnähe des Gerichts	178

(e) Die sog. „abgeleitete Qualifikation“ nach <i>Lubrich</i>	179
(f) Zwischenergebnis	179
bb) Anwendbarkeit des Art. 7 Nr. 2 EuGVVO auf den Ausgleichsanspruch nach § 33d Abs. 2 S. 1 GWB?	180
cc) Abweichende Bestimmung des „Tatortes“ im Außen- und Innenverhältnis?	181
(1) Übertragung der internationalen Zuständigkeit für den nach § 426 Abs. 2 S. 1 BGB übergegangenen Anspruch?	182
(a) Grundsatz: Übergang der internationalen Zuständigkeit für den Anspruch aus <i>cessio legis</i>	182
(b) Einschränkungen des Übergangs der internationalen Zuständigkeit?	182
(2) Lokalisierung des Tatortes für den originären Ausgleichsanspruch nach § 33d Abs. 2 S. 1 GWB	183
(a) Auswirkung der teilschuldnerischen Haftung im Innenverhältnis auf die Lokalisierung von Erfolgs- und Handlungsort?	184
(b) Lokalisierung des Handlungsortes in Bezug auf den Ausgleichsanspruch nach § 33d Abs. 2 S. 1 GWB	185
(aa) Möglichkeit der Lokalisierung des Handlungsortes am Sitz des Regressgläubigers	186
(bb) Sachnähe der Gerichte am Sitz des Regressgläubigers?	186
(cc) Vorhersehbarkeit der Zuständigkeit der Gerichte am Sitz des Regressgläubigers	188
(dd) Kognitionsbefugnis der Gerichte des Handlungsorts	188

(c) Lokalisierung des Erfolgsortes in Bezug auf den Ausgleichsanspruch nach § 33d Abs. 2 S. 1 GWB	189
(aa) Grundsatz auch im Ausgleichsverfahren: Erfolgsort am beeinträchtigten Markt	189
(bb) Kognitionsbefugnis der Gerichte am beeinträchtigten Markt als Erfolgsort	189
(cc) Erfolgsort am Sitz des Geschädigten als Gerichtsstand des Schadensersatzverfahrens?	190
(dd) Reichweite der Interventionswirkung bei Streitverkündung im Schadensersatzverfahren?	191
(ee) Abweichende Lokalisierung des Erfolgsorts im Schadensersatz- und Ausgleichsverfahren möglich	192
c) Zuständiges Gericht nach Art. 7 Nr. 5 EuGVVO (Gerichtsstand der Niederlassung)	193
d) Zuständiges Gericht nach Art. 4 Nr. 1 EuGVVO (Allgemeiner Gerichtsstand)	193
e) Zuständiges Gericht nach Art. 8 Nr. 1 EuGVVO (Gerichtsstand der Streitgenossenschaft)	194
aa) Beschluss des OLG Hamm im sog. Schienenkartell zur Bestimmung der Zuständigkeit nach § 36 Abs. 1 Nr. 3 ZPO	194
bb) Bewertung des Beschlusses und der Anwendbarkeit des Art. 8 Nr. 1 EuGVVO im Regressverfahren	195
cc) Vorliegen des Konnexitätserfordernisses im Gesamtschuldnerausgleich zwischen Kartellanten?	196
(1) Konnexität bei Streitverkündung im Ausgangsverfahren	196
(2) Identität der Rechtslage im Ausgleichsverfahren	196

(3) Identität der Sachlage im Ausgleichsverfahren	197
(4) Vorhersehbarkeit	199
dd) Abweichende Bewertung für Regressansprüche gegen Unternehmen, die nicht unmittelbar am Kartellverstoß beteiligt sind?	200
ee) Abweichende Bewertung für Unternehmen, die keine Adressaten des Bußgeldbescheids sind?	201
ff) Zwischenergebnis	201
f) Zuständiges Gericht nach Art. 8 Nr. 2 EuGVVO (Gerichtsstand für Gewährleistung und Intervention)	202
2. Örtliche und ggf. internationale Zuständigkeit nach der ZPO	203
a) Übertragung der sachlichen, örtlichen und funktionellen Zuständigkeit für den nach § 426 Abs. 2 S. 1 BGB übergegangenen Anspruch auf das Ausgleichsverhältnis	204
b) Zuständigkeit am deliktischen Gerichtsstand nach § 32 ZPO	204
aa) Streit um die Anwendbarkeit des deliktischen Gerichtsstands nach § 32 ZPO im Gesamtschuldnerausgleich nach § 426 BGB	205
bb) Bewertung und Übertragung auf den kartellrechtlichen Gesamtschuldnerausgleich nach § 33d Abs. 2 GWB	207
cc) Bestimmung des Tatortes i.S.d. § 32 ZPO im Kartellregress	209
dd) Unbeschränkte Kognitionsbefugnis am Erfolgsort nach § 32 ZPO	210
c) Zuständigkeit am Ort einer Niederlassung nach § 21 ZPO	211
d) Zuständigkeit am allgemeinen Gerichtsstand nach § 13 ZPO	211
e) Kein Gerichtsstand der Streitgenossenschaft im Anwendungsbereich der ZPO	211
3. Sachliche Zuständigkeit	212

III. Berücksichtigung von Gerichtsstandsvereinbarungen nach ZPO und nach EuGVVO	212
1. Zulässigkeit einer Gerichtsstandsvereinbarung im Anwendungsbereich der EuGVVO und der ZPO	212
a) Zulässigkeit einer Gerichtsstandsvereinbarung im Schadensersatzverfahren	212
b) Zulässigkeit einer Gerichtsstandsvereinbarung im Ausgleichsverfahren	213
2. Konkrete Ausgestaltung der Gerichtsstandsvereinbarung im Vertrag	213
a) Ausgestaltung der Gerichtsstandsvereinbarung im Außenverhältnis	213
b) Ausgestaltung der Gerichtsstandsvereinbarung im Innenverhältnis	214
c) Exkurs: Drittwirkung von Gerichtsstandsvereinbarungen	215
IV. Praktische Konsequenzen bei Zersplitterung der Zuständigkeit zwischen Außen- und Innenverhältnis sowie Empfehlung an den nationalen und europäischen Gesetzgeber	216
C. Probleme der Rechtshängigkeit	217
I. Torpedo-Klagen und Verfahrensaussetzung nach Art. 29 EuGVVO	217
II. Verfahrensaussetzung nach Art. 30 Abs. 1 EuGVVO	218
D. Zwischenergebnis: Anwendbare Gerichtsstände für den Schadensersatzanspruch des Kartellgeschädigten sowie für die Regressansprüche im Innenverhältnis	219
I. Gerichtsstände für die Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs im Außenverhältnis und jeweilige gerichtliche Kognitionsbefugnis	219
1. Gerichtsstände im Anwendungsbereich der EuGVVO/des LugÜ	219
2. Gerichtsstände im Anwendungsbereich der ZPO	221
II. Mögliche Gerichtsstände für die Geltendmachung des Regressanspruches im Innenverhältnis	221
1. Gerichtsstände im Anwendungsbereich der EuGVVO bzw. des LugÜ	221

2. Gerichtsstände im Anwendungsbereich der ZPO	222
Kapitel 4: Kartellregress im Internationalen Privatrecht	225
A. Allgemeine Bemerkungen zur Untersuchung des Gesamtschuldnerregresses im Internationalen Privatrecht	225
B. Das Auswirkungsprinzip (<i>effects doctrine</i>) im internationalen Kartellprivatrecht	227
I. Gesetzliche Grundlagen zur Anwendung kartellprivatrechtlicher Normen	227
II. Das Auswirkungsprinzip als Anknüpfungsregel im internationalen Kartellrecht: Völkerrechtliche Legitimation sowie mögliche Begrenzungskriterien	228
1. Grundsätzliches zum Auswirkungsprinzip im internationalen Kartellrecht	228
2. Mögliche konkrete Begrenzungs- und Konkretisierungskriterien des Auswirkungsprinzips im internationalen Kartellrecht	230
3. Das qualifizierte Auswirkungsprinzip in der internationalen Rechtsprechung zum internationalen öffentlichen Kartellrecht	231
a) Rechtsprechung in Drittstaaten, insbesondere U.S.-amerikanische Rechtsprechung	232
b) Die extraterritoriale Anwendung der Unions-Wettbewerbsregeln (Art. 101, 102 AEUV)	232
aa) Qualifiziertes Auswirkungsprinzip in der Praxis der Kommission	233
bb) Qualifiziertes Auswirkungsprinzip in der Rechtsprechung des EuG	234
cc) Durchführungsprinzip vs. qualifiziertes Auswirkungsprinzip in der Rechtsprechung des EuGH	234
dd) Zwischenstaatlichkeitsklausel, Art. 101 Abs. 1 AEUV	235
4. Zwischenergebnis: Das Auswirkungsprinzip als grundsätzlich anerkannte Anknüpfungsregel im internationalen kartellrechtlichen Kollisionsrecht	235
III. Die Anwendung ausländischen Kartellrechts im Inland	236

IV. Das Auswirkungsprinzip in der Rom II-VO	237
1. Historische Entwicklung der Rom II-VO	238
a) Gesetzgebungsprozess zur Rom II-VO im Allgemeinen	238
b) Entwicklung des speziellen Kollisionstatbestandes für Kartelldelikte in Art. 6 Abs. 3 Rom II-VO	239
2. Allgemeiner Anwendungsbereich der Rom II-VO	241
a) Sachlicher Anwendungsbereich nach Art. 1 Abs. 1 Rom II-VO– Abgrenzung zur Rom I-VO	241
aa) Abgrenzung zu öffentlich-rechtlichen und strafrechtlichen Ansprüchen	242
bb) Abgrenzung zu vertragsrechtlichen Ansprüchen und zur Rom I-VO	243
b) Intertemporaler Anwendungsbereich, Art. 31, 32 Rom II-VO	244
c) Räumlicher Anwendungsbereich	244
3. Begriffsbestimmungen, Art. 2 Rom II-VO	244
4. Allgemeine Kollisionsnorm, Art. 4 Rom II-VO	245
a) Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO: Recht des Erfolgsortes	245
b) Art. 4 Abs. 2 Rom II-VO: Recht des Ortes des gewöhnlichen Aufenthalts	246
c) Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO: Offensichtlich engere Verbindung mit einem anderen Staat	246
5. Universelle Anwendung, Art. 3 Rom II-VO	247
6. Sachnormverweisung, Art. 24 Rom II-VO	247
7. Unionsrechtliche Vorgaben gem. Art. 4 Abs. 3 EUV	247
V. Abgrenzung zur Anwendung der Vorschriften des GWB außerhalb des Kartellprivatrechts: § 185 Abs. 2 GWB	248
1. Anwendungsbereich des § 185 Abs. 2 GWB	248
2. Anknüpfung nach dem Auswirkungsprinzip in § 185 Abs. 2 GWB	248
3. Spürbarkeitserfordernis und mögliche weitere Einschränkungen	249
4. Einseitigkeit der Kollisionsregel in § 185 Abs. 2 GWB	249
C. Bestimmung des Regressgrundstatuts: Art. 6 Abs. 3 Rom II-VO	249
I. Gesetzliches Regelwerk in der Rom II-VO	249

II. Art. 6 Abs. 3 lit. a Rom II-VO: Recht des betroffenen Marktes beim Schadensersatzanspruch i.S.d. § 33a Abs. 1 GWB	251
1. Gesonderte Bestimmung des anwendbaren Rechts für jeden Geschädigten	251
2. Art. 6 Abs. 3 lit. a Rom II-VO: Kodifizierung des Auswirkungsprinzips (<i>effects doctrine</i>)	251
3. Art. 6 Abs. 3 lit. a Rom II-VO als Konkretisierung oder Ausnahme von der Regelanknüpfung an den Tatort nach Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO?	252
4. Rechtfertigung der besonderen Regel für außervertragliche Schuldverhältnisse aus einem kartellrechtswidrigen Verhalten	252
5. Anwendungsvoraussetzungen des Art. 6 Abs. 3 Rom II-VO	254
a) Allgemeine Anwendungsvoraussetzungen der Rom II-VO, vgl. Art. 1 Rom II-VO	254
b) Anwendbarkeit des Art. 6 Abs. 3 Rom II-VO im Speziellen	254
aa) Vorliegen eines außervertraglichen Schuldverhältnisses aus einem den Wettbewerb einschränkenden Verhalten	254
bb) Abgrenzung zwischen Kartell- und Lauterkeitsdelikten	255
cc) Außervertragliches Schuldverhältnis „aus“ einem den Wettbewerb einschränkenden Verhalten – insbesondere: Anwendbarkeit auf den gesamtschuldnerischen Innenausgleichsanspruch?	256
6. Lokalisierung des Staates, dessen Markt durch das wettbewerbsbeschränkende Verhalten beeinträchtigt bzw. wahrscheinlich beeinträchtigt wird	257
a) Allgemeine Grundsätze zur Bestimmung des Markortes	257
b) Möglichkeit der Begrenzung des Auswirkungsprinzips im Rahmen des Art. 6 Abs. 3 lit. a Rom II-VO – Streit um das Erfordernis eines qualifizierten Auswirkungsprinzips	258

Inhaltsverzeichnis

c) Konkrete Lokalisierung des Auswirkungsorts bei horizontalen Vereinbarungen	261
d) Lokalisierung der Auswirkungen bei vertikalen Vereinbarungen	262
III. Anwendung auch drittstaatlicher Rechtsordnungen, Art. 3 Rom II-VO, insbesondere: Möglichkeit der extraterritorialen Anwendung des US-Kartelldeliktsrechts	263
1. Streit um die Berufung drittstaatlichen Kartellrechts durch die Rom II-VO	263
2. Zwischenergebnis: Möglichkeit der extraterritorialen Anwendung des US-amerikanischen Kartellrechts	265
IV. Mehrstaatenregel, Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-VO	265
1. Anknüpfung bei mehreren Schadensersatzansprüchen nach unterschiedlichen nationalen Rechten – sog. Mosaikbetrachtung	265
a) Grundsatz: Geltung der „Mosaikbetrachtung“ auch unter der Rom II-VO	265
b) Keine Übertragbarkeit der Rechtsprechung des EuGH in der Rechtssache <i>CDC</i> auf kollisionsrechtliche Ebene	267
c) Vermeidung der Mosaikbetrachtung durch Beschränkung der Klage auf den Ersatz des im Gerichtsstaat erlittenen Schadens	270
2. Grundlagen der Wahlmöglichkeit in Art. 6 Abs. 3 Rom II-VO	271
a) Grundsatz: Beschränktes Wahlrecht des Geschädigten zugunsten der <i>lex fori</i>	271
b) Sachliche Anwendbarkeit der Konzentrationsmöglichkeit in Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-VO	272
3. Art. 6 Abs. 3 lit. b Hs. 1 Rom II-VO: Wahlmöglichkeit des Geschädigten bei nur einem Beklagten	273
a) Grundsatz: Konzentrationsmöglichkeit zugunsten der <i>lex fori</i>	273

b) Einschränkung der Voraussetzungen des Wahlrechts: Klage vor einem Gericht im Mitgliedstaat des Wohnsitzes des Beklagten sowie unmittelbare und wesentliche Beeinträchtigung des Marktes in diesem Mitgliedstaat	273
aa) Klage vor einem Gericht im Mitgliedstaat des Wohnsitzes des Beklagten	274
bb) Unmittelbare und wesentliche Beeinträchtigung des Marktes im Forumstaat	274
c) Anwendung auch auf Teilschäden durch Auswirkungen in Drittstaaten?	275
4. Art. 6 Abs. 3 lit. b Hs. 2 Rom II-VO: Erweiterung der Konzentrationsmöglichkeit bei mehreren Beklagten	276
a) Allgemeines zur Erweiterung durch Art. 6 Abs. 3 lit. b Hs. 2 Rom II-VO, insbesondere internationale Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	276
b) Einschränkung der Voraussetzungen	276
aa) Sitz des Ankerbeklagten im Forumstaat	277
bb) Unmittelbare und wesentliche Marktbeeinträchtigung	277
cc) Verhalten, das einen Anspruch gegen jeden Beklagten begründet	278
c) Mögliche Einschränkung der Konzentrationsmöglichkeit in Art. 6 Abs. 3 lit. b Hs. 2 Rom II-VO gegenüber Art. 6 Abs. 3 lit. b Hs. 1 Rom II-VO?	278
5. Streit um das Erfordernis weiterer Einschränkungen	279
a) Schäden in mindestens zwei Mitgliedstaaten	280
b) Teilschaden im Staat des angerufenen Gerichts?	280
c) Optionsrecht nur bei Verletzung europäischer Kartellverbote und nicht bei Verletzung des nationalen Kartellrechts?	281
6. Modalitäten der Ausübung des Optionsrechts in Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-VO	282
a) Zeitpunkt der Ausübung des Wahlrechts und Möglichkeit der unterschiedlichen Ausübung des Wahlrechts durch einen einzigen Geschädigten	282

b) Form der Ausübung des Optionsrechts nach Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-VO	283
7. Rechtsfolge der Ausübung des Optionsrechts	283
a) Umfang der Konzentration nach Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-VO	283
b) Widerrufsmöglichkeit und Bindung an ein ausgeübtes Optionsrecht	284
V. Keine Möglichkeit der Rechtswahl, Art. 6 Abs. 4 Rom II-VO	286
VI. Art. 16 Rom II-VO: Eingriffsnormen der <i>lex fori</i>	287
VII. Geltungsbereich des anwendbaren Rechts, Art. 15 Rom II-VO	288
1. Art. 6 Abs. 3 Rom II-VO als umfassende oder auf das Kartelldeliktsrecht beschränkte Kollisionsregel – Anwendbarkeit ausländischen öffentlichen Rechts im Rahmen der Rom II-VO	289
a) Überwindung der These der grundsätzlichen Unanwendbarkeit ausländischen öffentlichen Rechts	289
b) Anwendung ausländischen öffentlichen Rechts im Rahmen der Rom II-VO	289
2. Art. 15 lit. a Rom II-VO: Grund und Umfang der Haftung	291
3. Art. 15 lit. b Rom II-VO: „Haftungsausschlussgründe sowie jede Beschränkung oder Teilung der Haftung“	291
4. Zulässigkeit einer Streitverkündung nach der <i>lex fori</i>	291
VIII. Zwischenergebnis: Möglichkeit der rechtlichen Spaltung und Entstehung einer gestörten Gesamtschuld im internationalen Kartellprivatrecht	292
1. Möglichkeit eines rechtlich gespaltenen Außenverhältnisses sowie Besonderheiten in der kartelldeliktischen Gesamtschuld	292
2. Fehlende Voraussehbarkeit des auf das jeweilige isolierte Außenverhältnis anwendbaren Rechts	296
3. Möglichkeit der Entstehung einer gestörten Gesamtschuld im Außenverhältnis	298

D. Bestimmung des Regressstatuts: Art. 20 Rom II-VO	299
I. Historische Diskussion über die Anknüpfung des Innenverhältnisses	300
1. Art. 13 EVÜ und Umsetzung in Art. 33 Abs. 3 EGBGB	300
2. Entwürfe zur Anknüpfung von Regressansprüchen in den Kommissionsvorschlägen zur Rom II-VO	301
II. Begründung der Anwendung des Regressgrundstatuts des befriedigenden Schuldners nach Art. 20 Rom II-VO	302
1. Ausschließliche Geltung des Rechts des Schuldners, der den Gläubiger zuerst befriedigt	302
2. Unterschied zur Vorschrift zur Bestimmung des anwendbaren Rechts im Innenverhältnis zwischen vertraglich haftenden Schuldern in Art. 16 Rom I-VO	303
3. Alternative kollisionsrechtliche Ansätze für die Bestimmung des Regressstatuts: Die „Schweizerische Lösung“	304
III. Anwendbarkeit des Art. 20 Rom II-VO	304
1. Zeitliche und räumliche Anwendbarkeit	304
2. Abgrenzung zwischen Art. 20 Rom II-VO und Art. 19 Rom I-VO	305
3. „Ausgleich zwischen mehreren Schuldern aus einem außervertraglichen Schuldverhältnis“ i.S.d. Art. 20 Rom II-VO	305
a) Maßstab zur Bestimmung der gleichrangigen Haftung i.S.d. Art. 20 Rom II-VO	305
b) Anwendbarkeit sowohl auf originären Ausgleichsanspruch i.S.d. § 426 Abs. 1 S. 1 BGB als auch <i>cessio legis</i> i.S.d. § 426 Abs. 2 S. 1 BGB	308
4. Anwendbarkeit des Art. 20 Rom II-VO vor Befriedigung des Gläubigerinteresses	309
5. Anwendbarkeit des Art. 20 Rom II-VO bei Divergenz zwischen den möglichen anwendbaren Rechten	310
a) Anwendbarkeit bei verschiedenen Regressgrundstatuten	310
b) Anwendbarkeit bei Divergenz zwischen Forderungsstatut und Regressgrundstatut	311
c) Gestörte Gesamtschuld im Internationalen Privatrecht	311

Inhaltsverzeichnis

6. Sukzessive Geltendmachung von Ausgleichsansprüchen	312
IV. Bestimmung des anwendbaren Rechts im Ausgleichsverhältnis zwischen Kartellschädigern	312
1. Anwendbarkeit des Art. 20 Rom II-VO in der kartelldeliktsrechtlichen Gesamtschuld	313
a) Auswirkungen eines Regressausschlusses i.S.d. US- amerikanischen „ <i>rule of no contribution</i> “	313
b) Anwendung des Art. 20 Rom II-VO auch bei Anwendbarkeit einer Privilegierung für Kronzeugen oder KMU?	314
aa) Anwendbarkeit des Art. 20 Rom II-VO bei Inanspruchnahme eines nach dem Regressgrundstatut privilegierten Schuldners	315
(1) Anwendbarkeit des Art. 20 Rom II-VO bei privilegierter Haftung im Außenverhältnis	316
(a) Regressgrundstatut ist deutsches Kartelldeliktsrecht: Befriedigung des Schadensersatzanspruchs durch einen privilegiert haftenden Schuldner (Kronzeuge oder KMU)	316
(b) Teilschuldnerische Haftung von Kronzeugen nach US-amerikanischem Recht	317
(2) Anwendbarkeit des Art. 20 Rom II-VO bei Leistung im Rahmen der Ausfallhaftung nach § 33e Abs. 1 S. 2 oder § 33d Abs. 3 S. 2 GWB	317
bb) Anwendbarkeit bei Inanspruchnahme eines nicht privilegiert haftenden Schuldners	318
(1) Regressgrundstatut ist deutsches Kartelldeliktsrecht	318
(2) Regressgrundstatut ist US-amerikanisches Kartelldeliktsrecht	319

2. Konkrete Bestimmung des Regressstatuts für die Ausgleichsansprüche zwischen Kartellanten	319
a) Anwendbares Recht auf einen originären Ausgleichsanspruch unter Kartellgesamtschuldnern i.S.d. § 33d Abs. 2 GWB sowie den Anspruch aus <i>cessio legis</i> nach § 426 Abs. 2 S. 1 BGB i.V.m. § 33a Abs. 1 GWB	319
aa) Bestimmung des anwendbaren Rechts bei Inanspruchnahme eines nicht privilegiert haftenden Kartellgesamtschuldners	319
bb) Bestimmung des anwendbaren Rechts im Innenverhältnis bei Inanspruchnahme eines privilegiert haftenden Schuldners	321
(1) Anwendbarkeit deutschen Kartelldeliktsrechts im Außenverhältnis und Zahlung durch privilegiert haftenden Kronzeugen oder KMU	321
(2) Anwendbarkeit deutschen Kartelldeliktsrechts und fehlendes Eingreifen der Privilegierung	322
(3) Anwendbarkeit US-amerikanischen Kartelldeliktsrechts: Grundsätzlich keine Ermittlung des Regressstatuts, da lediglich Teilschuld	323
cc) Bestimmung des anwendbaren Rechts im Innenverhältnis bei Ausfallhaftung	323
dd) Bestimmung des anwendbaren Rechts bei Vergleich zwischen Kartellgesamtschuldner und Geschädigtem	324
b) Divergenz zwischen den Regressgrundstatuten als Grundlage der kollisionsrechtlichen Problematik – die „rechtlich gespaltene“ Gesamtschuld im Kartelldeliktsrecht	324
3. Gemischt vertraglich sowie außervertraglich haftende Schuldnermehrheiten	326
4. Grundsätzlich keine Sonderverbindung im Ausgleichsverhältnis zwischen mehreren Kartellgesamtschuldnern	327

5. Keine Möglichkeit der Rechtswahl im Innenverhältnis i.S.d. Art. 14 Rom II-VO	327
6. Geltungsbereich des anzuwendenden Rechts, Art. 15 Rom II-VO	328
a) Anwendbarkeit der „ <i>rule of no contribution</i> “ im Innenverhältnis	328
b) Beurteilung von Haftungsprivilegierungen, Art. 15 lit. b Rom II-VO	329
7. Ausübung des Optionsrechts in Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-VO als nachteilige Rechtswahl?	330
a) Grundsatz: Rechtswahl zu Lasten des Regressschuldners nicht zulässig	330
b) Übertragung auf das Optionsrecht in Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-VO	331
8. Zwischenergebnis: Divergenz der Regressgrundstatute im Ausgleichsverhältnis zwischen Kartellteilnehmern	334
a) Möglichkeit der Beeinflussung des im Innenverhältnis anwendbaren Rechts durch den Geschädigten und eingeschränkter „Wettlauf der Schuldner“	334
b) Kartellregress im engeren Sinne: Anwendbarkeit unterschiedlicher Rechtsordnungen durch (Nicht-)Ausübung des Optionsrechts und Bestimmung nach dem Mosaikprinzip	335
c) Kartellregress im weiteren Sinne: Vermengung durch Mosaikbetrachtung für jeweiligen Geschädigten und (Nicht-)Ausübung des Optionsrechts	336
d) Zu untersuchende Problematiken: Die gestörte Gesamtschuld im Internationalen Privatrecht	337
V. Lösungsansätze bei Übertragung der Anwendbarkeit der <i>lex fori</i> im Außenverhältnis nach Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II- VO auf das Innenverhältnis	338
1. Inanspruchnahme eines (amerikanischen) Kronzeugen: Keine Geltendmachung der nur teilschuldnerischen Haftung nach objektiver Anknüpfung im Außenverhältnis	339

2. Geltendmachung der Privilegierung des Regressschuldners nach ausländischem Recht im Außenverhältnis unzulässig	339
3. Regressschuldner ist nicht privilegiert: Geltendmachung eines Regressausschlusses nach objektiv angeknüpftem Regressgrundstatut im Innenverhältnis?	340
a) Streit um den Einwand, nach „eigener“ Rechtsordnung nicht oder nicht in der geltend gemachten Höhe zu haften	341
aa) Möglichkeit der Berufung auf Haftungsprivilegierungen nach Art. 16 S. 2 Rom I-VO	341
(1) Streit um die analoge Anwendung von Art. 16 S. 2 Rom I-VO im Rahmen des Art. 20 Rom II-VO	342
(2) Differenzierung zwischen Anwendung des Art. 20 Rom II-VO auf eigenständigen Ausgleichsanspruch und im Wege der Legalzession übergegangenen Anspruch	343
bb) Einheitliche Anknüpfung des Ausgleichsverhältnisses an eine neutrale Rechtsordnung	344
cc) Auflösung nach Billigkeit bei Unvereinbarkeit der Rechtsordnungen	344
dd) Kumulative Anwendung der beteiligten Rechtsordnungen	345
b) Übertragung auf den Gesamtschuldnerausgleich zwischen Kartellmitgliedern	346
aa) Kumulative Anwendung der nach Art. 6 Abs. 3 lit. a und lit. b Rom II-VO anwendbaren Rechtsordnungen?	346
bb) Selbstständige Anknüpfung im Innenverhältnis nach Art. 6 Abs. 3 lit. a Rom II-VO?	347

cc) Analoge Anwendung des Art. 16 S. 2 Rom I-VO im Ausgleichsverhältnis zwischen Kartellteilnehmern?	347
(1) Das „eigene“ Recht des in Anspruch genommenen Kartellschuldners i.S.d. Art. 16 S. 2 Rom I-VO	347
(2) Entgegenhalten eines Regressausschlusses durch analoge Anwendung von Art. 16 S. 2 Rom I-VO	349
(a) Keine analoge Anwendung des Art. 16 S. 2 Rom I-VO im Rahmen von Art. 20 Rom II-VO	349
(b) Keine Geltendmachung des Regressausschlusses selbst bei Möglichkeit der analogen Anwendung des Art. 16 S. 2 Rom I-VO	350
dd) Berücksichtigung der „ <i>rule of no contribution</i> “ als ausländische Eingriffsnorm i.S.d. Art. 16 Rom II-VO?	351
ee) Zwischenergebnis: Kein Entgegenhalten eines drittstaatlichen Regressausschlusses durch den Regressschuldner	351
4. Regressschuldner ist Kronzeuge oder KMU: Keine Abweichung von der Anwendbarkeit der <i>lex fori</i>	352
a) Schadensersatzgläubiger ist eigener Abnehmer oder Lieferant des Kronzeugen oder KMU	352
b) Schadensersatzgläubiger ist nicht eigener Abnehmer oder Lieferant des Kronzeugen oder KMU und kein Preisschirmgeschädigter	353
c) Lediglich Ausgleichshaftung für Preisschirmgeschädigte, §§ 33d Abs. 4 S. 2, 33e Abs. 3 S. 2 GWB	353
VI. Lösungsansätze bei Anwendbarkeit einer drittstaatlichen Rechtsordnung nach Art. 6 Abs. 3 lit. a Rom II-VO	353
1. Geltendmachung der fehlenden Regressmöglichkeit bereits im Außenverhältnis?	354
a) Kürzung des Schadensersatzanspruchs des Geschädigten im Außenverhältnis?	354

b) Pflicht zur Ausübung des Optionsrechts in Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-VO?	355
c) Missbrauchsprüfung i.S.d. CDC-Rechtsprechung auch bei Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-VO?	356
d) Zwischenergebnis: Grundsätzlich keine Geltendmachung des Regressausschlusses im Außenverhältnis	357
2. Regressausschluss durch Anwendbarkeit US-amerikanischen Rechts im Innenverhältnis	357
a) Zulässigkeit materiellrechtlicher Erwägungen auf kollisionsrechtlicher Ebene im Ausgleichsverhältnis?	358
b) Regressausschluss als Widerspruch zu den Grundzügen der Gesamtschuld in den europäischen Rechtsordnungen sowie den Vorgaben der Schadensersatzrichtlinie?	359
aa) Widerspruch zu den Grundsätzen der Gesamtschuld in den europäischen Rechtsordnungen	359
bb) Widerspruch eines Regressausschlusses zwischen Kartellgesamtschuldnern zu den Vorgaben der Schadensersatzrichtlinie	361
cc) Zwischenergebnis: Notwendigkeit einer Korrektur	364
c) Optionsrecht im Innenverhältnis i.S.d. Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-VO?	365
aa) Möglichkeit der Einführung eines Optionsrechts zugunsten des Regressgläubigers?	366
bb) Völkerrechtliche Einschränkungen eines Optionsrechts für den Regressgläubiger bei Anwendbarkeit einer drittstaatlichen Rechtsordnung?	367
cc) Einführung eines allgemeinen Optionsrechts für den Regressgläubiger i.S.d. Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-VO unzulässig	367

d) Fehlende ausländische Ausgleichsnorm als Verstoß gegen den <i>ordre-public</i> -Vorbehalt des Art. 26 Rom II-VO?	368
aa) Inlandsbezug im Kartellregress in Bezug auf die in den USA entstandenen Teilschäden?	369
bb) „Grad der Ablehnung“ des Regressausschlusses zwischen Kartellgesamtschuldern?	370
e) Ausgleichsanspruch zwischen Kartellgesamtschuldern als Eingriffsnorm der <i>lex fori</i> i.S.d. Art. 16 Rom II-VO	371
aa) Abgrenzung zwischen Art. 26 Rom II-VO und Art. 16 Rom II-VO	371
bb) Berücksichtigung des Ausgleichsanspruchs nach § 33d Abs. 2 GWB sowie ergänzend § 426 Abs. 2 S. 1 BGB i.V.m. § 33a Abs. 1 GWB als Eingriffsnorm	372
(1) Qualifikation des allgemeinen Ausgleichsanspruchs unter deliktisch haftenden Gesamtschuldern als Eingriffsnorm i.S.d. Art. 16 Rom II-VO	373
(2) Qualifikation der kartellrechtlichen Ausgleichsansprüche als Eingriffsnormen im Speziellen	374
(3) Hinreichender Inlands- bzw. Binnenmarktsbezug	376
(4) Anwendbares Statut für die Durchführung des Regresses	376
cc) Zwischenergebnis: Kartellrechtliche Schadensersatzansprüche i.S.d. § 33d Abs. 2 GWB und § 426 Abs. 2 S. 1 BGB i.V.m. § 33a Abs. 1 GWB als Eingriffsnormen i.S.d. Art. 16 Rom II-VO	377
f) Ergebnis zu den Lösungsansätzen bei grundsätzlicher Anwendbarkeit der „ <i>rule of no contribution</i> “	377

3. Inanspruchnahme eines privilegiert haftenden Schuldners im Außenverhältnis	378
a) Zahlender Schuldner ist Kronzeuge und befriedigt Schäden nicht unmittelbarer oder mittelbarer Abnehmer oder Lieferanten	378
aa) Keine Geltendmachung der Haftungsprivilegierung der <i>lex fori</i> im Außenverhältnis	379
bb) Kronzeugenprivilegierung als Eingriffsnorm i.S.d. Art. 16 Rom II-VO?	379
b) Zahlender Schuldner ist Kronzeuge und haftet im Außenverhältnis nicht privilegiert	380
c) Zahlender Schuldner ist KMU und befriedigt Schadensersatzansprüche nicht eigener Abnehmer oder Lieferanten	381
aa) Keine Geltendmachung der Haftungsprivilegierung der <i>lex fori</i> im Außenverhältnis	381
bb) Regressprivilegierung für KMU als Eingriffsnorm i.S.d. Art. 16 Rom II-VO?	381
4. Inanspruchnahme eines nach der <i>lex fori</i> privilegierten Regressschuldners	382
a) Inanspruchnahme eines Kronzeugen bei Anwendung eines Ausgleichsanspruchs als Eingriffsnorm unzulässig	382
b) Inanspruchnahme eines KMU im Wege des Ausgleichsanspruchs als Eingriffsnorm	383
aa) Keine Möglichkeit der analogen Anwendung des Art. 16 S. 2 Rom I-VO	383
bb) Haftungsprivilegierungen sind keine Eingriffsnorm i.S.d. Art. 16 Rom II-VO	384
5. Regressschuldner ist Vergleichspartei i.S.d. § 33f GWB	385
VII. Ergebnis zur Auflösung der gestörten Gesamtschuld im internationalen Kartelldeliktsrecht	385
Kapitel 5: Zusammenfassung der Erkenntnisse in Thesen	387
Literaturverzeichnis	391